

Forum der Leser: Zur „Kritischen Betrachtung“ vom 25. Juni

Ortsbeirat hat an Statur gewonnen

Dr. Hartfrid Golf

In dem Artikel wird den Hüttenfeldern vorgeworfen, bei ihrem Widerstand gegen Windräder auf der Deponie über das Ziel hinausgeschossen zu sein. In der Folge sei die Belastung der ehrenamtlichen Ortsbeiratsmitglieder über Gebühr gestiegen und sogar in destruktiver Weise das parlamentarische System infrage gestellt worden. Der Artikel enthält mehrere subjektive Aussagen, die pauschale, unbewiesene Vorwürfe gegen "Gegenwind Hüttenfeld", "Pro Hüttenfeld", Ortsbeiratsmitglieder und Hüttenfelder allgemein enthalten, die teilweise schon den Tatbestand der Verleumdung erfüllen.

Bei dem schon seit mehr als zwei Jahren geplanten Bau der Windräder wurden die Hüttenfelder nicht ausreichend informiert. Unmittelbar vor der Ortsbeiratssitzung am 5. März, auf der zum ersten Mal öffentlich das Thema der Bevölkerung vorgestellt wurde, wussten 70 Prozent der Bewohner Hüttenfelds nicht Bescheid, was auf sie zukommt. Zu dem Zeitpunkt waren aber schon die ersten Tatsachen geschaffen worden. In solch einem Fall trägt eine Bürgerbeteiligung dazu bei, Fehler oder Ungeschicklichkeiten in der Durchführung des Projektes oder in der öffentlichen Darstellung wiedergutzumachen. Das ist in Hüttenfeld geschehen.

Der Bürgerinitiative "Gegenwind" und dem Verein "Pro Hüttenfeld" nun vorzuwerfen, sie seien über das Ziel hinaus geschossen, ist sachlich nicht begründet. Wir sind vielmehr den parlamentarischen Weg gegangen, den uns die Hessische Gemeindeordnung offen hält. Wir haben auf der Ortsbeiratssitzung im März unsere Argumente und Fragen sachdienlich vorgetragen und ausführliche schriftliche Unterlagen zu den Sachthemen übergeben. Stadt und ZAKB haben sachlich darauf geantwortet. Ortsvorsteher Walter Schmitt hat gleich nach der Ortsbeiratssitzung unsere Unterlagen an das Regierungspräsidium geschickt, sich in dem Begleitschreiben unsere Argumente gegen das Bauprojekt weitgehend zu eigen gemacht und das RP aufgefordert, den Genehmigungsantrag des ZAKB abzulehnen. Ich hatte den Eindruck, dass es für ihn eine Befreiung von der Last der Verantwortung mit sich brachte. Folgerichtig hat der Ortsbeirat auf seiner nächsten Sitzung am 11. Juni in eigener Auswahl drei von unseren Forderungen auf die Tagesordnung gesetzt und den Anträgen auch zugestimmt. Es war übrigens das erste Mal überhaupt, dass die Hüttenfelder Ortsbeiräte explizit über die Windräder abstimmten. Und ganz so verkehrt waren die drei Beschlüsse offenbar nicht, denn zweien wurde bereits ganz beziehungsweise teilweise entsprochen. Der ZAKB hat nun beschlossen, die Windstärke an Ort und Stelle zu messen. Und das Regierungspräsidium hat angeordnet, dass ein Standsicherungsgutachten einzuholen ist.

Fazit ist, dass das Bürgerengagement in Hüttenfeld als ein gelungenes Beispiel der Bürgerbeteiligung angesehen werden kann, indem es zu einer sachlichen Herangehensweise

an die Probleme des Großbauprojekts beitrug. Wenn Bürgerbeteiligung richtig gehandhabt wird, dann trägt sie zum Rechtsfrieden bei und verschafft den Delegierten in der Bürde der Verantwortung eine Entlastung - nach dem Grundsatz, geteilte Verantwortung ist halbe Verantwortung.

Auf einem anderen Blatt steht, dass die Hüttenfelder Ortsbeiräte sich mit ihren Beschlüssen teilweise gegen die Linie ihrer Partei in Lampertheim gestellt haben. Sie haben damit aber das parlamentarische System nicht destruktiv zum Wanken gebracht, sondern im Gegenteil mit Leben erfüllt. Jeder Delegierte ist nämlich nur seinem Gewissen verantwortlich und nicht etwa einer Parteilinie. Es ist erfreulich, dass unsere Delegierten diesen Mut aufgebracht haben. Der Ortsbeirat von Hüttenfeld hat mit seinen Beschlüssen erheblich an Statur gewonnen. Hierbei hat der Ortsbeirat keine Beschlüsse gefasst, die allein im Interesse der Hüttenfelder liegen, sondern mit Bedacht nur solche, die für alle Lampertheimer von Bedeutung sind. Die Anträge zielen nicht darauf ab, den Bau der Windräder generell zu verhindern. Sie haben vielmehr zum Inhalt, dass die Stadt, wenn die Windräder gebaut werden, von jeglichen Risiken freigestellt wird, damit sie nicht zu Schaden kommt. Hierbei werden keine nicht erfüllbaren Bedingungen gestellt. Es ist im Interesse aller Lampertheimer, das auf dem Risikostandort Deponie keine waghalsigen Abenteuer unternommen werden.

© *Südhessen Morgen*, Samstag, 29.06.2013